

Diese Referenten aus den Betrieben werden nicht alle gute Redner sein und vielleicht manches nicht ganz richtig darstellen. Das ist aber nicht entscheidend. Es macht aber einen großen Eindruck, wenn in der Hausversammlung ein Verdienter Aktivist, ein Held der Arbeit, ein Betriebsleiter, ein Ingenieur, ein Stadtverordneter, ein Abteilungsleiter für Volksbildung, ein Mitglied des Kreisrates oder ein Kreistagsabgeordneter spricht. Die Versammlungsteilnehmer bekommen dabei einen ganz neuen Begriff von unseren Menschen und sie sehen mit einem Mal, daß das auch solche Menschen sind wie sie, die zu stottern anfangen, wenn sie reden sollen, und dabei manchmal danebenhauen. Auf diese Weise bringen wir aber unsere Funktionäre in eine enge Verbindung mit der Bevölkerung.

Jeder hat jetzt Gelegenheit, zu zeigen, ob er imstande ist, die Politik der Deutschen Demokratischen Republik anderen zu erklären und richtig zu erläutern. Seid kühn in der Einsetzung solcher Kräfte! Das müssen nicht unbedingt Parteimitglieder, nicht unbedingt nur die Spitzen sein, das können Tausende von Menschen ebensogut. Man muß ihnen nur ein wenig helfen.

Zweckmäßig ist es, dem Referenten eine gewisse Rededisposition zu geben — nicht das Referat, sondern stichwortartig das, was in dieser Hausversammlung geschehen soll und was zu sagen und zu erklären ist. Das kann auf einer halben Schreibmaschinenseite geschehen. Ein ausgearbeitetes Referat soll man aber auf keinen Fall geben, um nicht den Referenten in die Versuchung zu bringen, das Referat abzulesen.

Der Inhalt der Hausversammlungen

Die Hauptsache in den Hausversammlungen ist, den Menschen unsere nationale Politik zu erläutern, ihnen die Situation, in der sich das deutsche Volk befindet, zu erklären und sie mit den Aufgaben vertraut zu machen, vor denen wir im nationalen Kampf und in der Deutschen Demokratischen Republik stehen. Das muß mit einfachen Worten, für jeden verständlich, geschehen. Dafür genügen eine halbe Stunde oder 40 Minuten. Man muß es verstehen, diese Fragen mit den Aufgaben zu verbinden, die sich eine Hausgemeinschaft konkret stellen kann.

Unbedingt notwendig ist es, daß auf Fragen und Kritik aus den Reihen der Versammlungsteilnehmer geantwortet wird. Wenn z. B. in einer Hausgemeinschaft über die Brotversorgung, die Kohlenversorgung oder die schlechte Schuhproduktion diskutiert wird, muß man das notieren, der Sache nachgehen und nach einiger Zeit, und zwar nicht erst nach Monaten, sondern nach wenigen Tagen oder Wochen, an die Hausgemeinschaft wieder herantreten, eine neue Versammlung einberufen und über diese Fragen aufklären. Wenn z. B. ein Vertreter der Stadtverwaltung eine bestimmte ihm gestellte Frage auch nur vor 20 oder 30 Menschen erklärt — man kann davon überzeugt sein, daß in einem solchen Fall alle Hausbewohner da sind —, so werden diese 20 oder 30 doch darüber mit vielen anderen Menschen diskutieren und die Aufklärung weitertragen.

Es sollte eine Anweisung darüber herausgegeben werden, daß Anfragen und kritische Bemerkungen der Bevölkerung, die nicht sofort beantwortet oder die nicht sogleich erledigt werden können, aufgeschrieben, gesammelt und von einer Stelle überprüft werden, damit die Antworten darauf nach einer kurzen bestimmten Zeit gegeben werden können. Diese Methode der Arbeit mit unserer Bevölkerung wird leider noch viel zu sehr unterschätzt.

Wenn auf solche Anfragen und Kritiken unmögliche und bürokratische Auskünfte gegeben werden, dann sollen die Hausgemeinschaften eine Empfehlung an den Vorsitzenden des Kreisrates oder den Bürgermeister beschließen, daß er dafür sorgen soll, daß an die Stelle des Bürokraten ein anderer Funktionär gesetzt wird, der richtig arbeitet und auf die Fragen der Bevölkerung richtige Antworten gibt. Das wird eine heilsame Lehre für viele sein.

Über die Hilfe der Partei

Es ist gesagt worden: Die Partei muß mehr helfen, ohne die Partei kommen wir nicht aus. Die Genossen, die so sprechen, vergessen eines: die Partei hat ihre Hilfe schon lange gegeben.

1. Sie hat durch ihre Initiative die Nationale Front des demokratischen Deutschlands geschaffen;
2. sie hat durch ihren Beschluß über die Nationale Front des demokratischen Deutschlands und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands den Inhalt, die Aufgaben und die Arbeit im nationalen Kampf als die Richtschnur für die Arbeit der Nationalen Front festgelegt;
3. die Partei hat Tausende von Parteifunktionären für die Arbeit der Nationalen Front zur Verfügung gestellt;
4. die Partei hat die letzte Tagung des Nationalrates vorbereitet und bereitet auch den II. Nationalkongreß vor;
5. die Partei hat eine exakte Direktive an die Parteioorganisationen über die neuen Aufgaben der Nationalen Front und die Verstärkung der Arbeit der Ausschüsse der Nationalen Front gegeben;
6. die Partei sorgt dafür, daß die Fragen des nationalen Kampfes des deutschen Volkes und die Arbeit der Nationalen Front stärker als bisher in der Presse und auch im Rundfunk und in der allgemeinen Agitation in Erscheinung treten.

Die Nationale Front hat also in den letzten Monaten durch die Partei eine Hilfe bekommen, wie sie andere Organisationen bisher nicht bekommen haben. Die Partei hat ihren Funktionären, die sie für die Arbeit in der Nationalen Front zur Verfügung gestellt hat, dafür einen Parteauftrag gegeben. Dieser Parteauftrag muß erfüllt werden, ohne daß diese Funktionäre ständig nach der Hilfe der Partei rufen. Diese Genossen sollen ihre Arbeit so durchführen, daß sie die Partei nicht zusätzlich belasten, denn die Partei muß die Gesamtpolitik durchführen und hat noch tausend andere wichtige Aufgaben, die sie, ohne die Aufgaben der Nationalen Front und des nationalen Kampfes zu unterschätzen, lösen muß.

Bei einer Reihe von Parteileitungen und Parteioorganisationen gibt es noch keine richtigen Auffassungen über die Unterstützung der Arbeit der Nationalen Front. Das muß örtlich oder im Kreis mit der betreffenden Parteileitung geklärt werden. Wenn die Dinge sehr ernst sind, muß die Bezirksleitung, eventuell auch das Zentralkomitee verständigt werden, damit eingegriffen werden kann. Trotzdem darf man aber nicht sagen, daß es ohne die direkte Unterstützung durch die Partei nicht ginge. Daß die Partei hilft, ist klar, daß man sich mit der Parteileitung berät, ist ebenso klar. Daß man der Parteileitung die vorhandenen Schwierigkeiten schildert und sie um Rat und vielleicht auch um tätige Hilfe bittet, das ist alles in Ordnung. Aber zu sagen, daß es nicht geht, wenn die Partei nicht dieses oder jenes macht, das ist prinzipiell falsch. Die gestellten Aufgaben müssen mit den vorhandenen Kräften gelöst werden.